

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Ausschußprotokoll 11/1154 HJ

11. Wahlperiode

24.02.1994

ls-lg

Haushalts- und Finanzausschuß

Protokoll

56. Sitzung (nicht öffentlich)

24. Februar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dautzenberg (CDU)

Stenograph: Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Neuordnung der nachgeordneten staatlichen Finanzkontrolle -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6167

Vorlage 11/2788
Ausschußprotokoll 11/1117

Mit Zustimmung aller Fraktionen nimmt der Ausschuß den
Gesetzentwurf der Landesregierung an.

- Kein Diskussionsprotokoll -

- 2 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben mit Beträgen von 50 000 DM und darüber im dritten Quartal des Haushaltsjahres 1993** 2

hier: Genehmigung nach Art. 85 Abs. 2 LV in Verbindung mit § 37 Abs. 4 LHO

Antrag des Finanzministeriums

Vorlage 11/2569

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN die mit der Vorlage beantragte Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu erteilen.

Berichterstatter Abgeordneter Stefan Frechen (SPD)

- 3 **Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes und über den Zusammenschluß der Sparkassen- und Giroverbände** 12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6047

Vorlage 11/2454

Vorlage 11/2717

Vorlage 11/2780

Vorlage 11/2793

Zuschriften 11/2834, 11/3041, 11/3048, 11/3050, 11/3054 bis 11/3060, 11/3063 bis 11/3070, 11/3087, 11/3088, 11/3092 11/3185

Protokoll der öffentlichen Anhörung 11/1101

Der Ausschuß führt nach einer Generalaussprache die Einzelberatung und Abstimmungen zu den Anträgen durch.

Unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen stimmt der Ausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

Berichterstatter Abgeordneter Reinhold Trinius (SPD)

- 4** **Jahresbericht über die Ergebnisse der Prüfungen des Landesrechnungshofs im Geschäftsjahr 1992/1993** **26**
hier: Abschnitt 11 "Querschnittuntersuchung der Zuwendungen im Sinne des § 23 LHO"

Drucksache 11/5621

Vorlage 11/2682

Vorlage 11/2722

Der Ausschuß faßt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN folgenden Beschluß:

Der Haushalts- und Finanzausschuß nimmt von der Prüfungsfeststellung des Landesrechnungshofs (Ziffer 11 des Jahresberichts des Landesrechnungshofs 1992/93 - Drucksache 11/5621 -) und von der Stellungnahme der Landesregierung vom 8. Oktober 1993 Kenntnis und begrüßt die Vorschläge des Landesrechnungshofs zur Änderung der geltenden Zuwendungspraxis gem. Vorblatt 3 und 4 des Kompendiums vom 2. November 1992 zur Querschnittuntersuchung.

Er ist der Ansicht, daß die Förderprogramme des Landes im Hinblick auf die gebotene Haushaltskonsolidierung kritisch überprüft werden müssen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß bittet die Landesregierung daher, in Fortführung der Arbeitsgruppe "Programm-wirksamkeit" weitere Revisionen der Förderprogramme vorzunehmen und ihn über das Ergebnis zu informieren. Dabei sollte dargestellt werden, welche Programme entfallen und welche Programme reduziert werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuß ist der Auffassung, daß eine Zurückführung der Transferausgaben des Landes zur Konsolidierung des Landesetats bereits für den Haushalt 1995 erforderlich ist und bittet zur zügigen Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofs folgendes zu berücksichtigen:

Die Überprüfung des Zuwendungshaushalts (Transferausgaben) obliegt als Daueraufgabe dem Ausschuß für Haushaltskontrolle des Landtags. Für künftige Überweisungsbeschlüsse des Plenums bezüglich der Haushaltsplanentwürfe wird folgende Fassung vorgeschlagen:

Der (Haushalts-) Gesetzentwurf wird an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit den Maßgaben überwiesen, daß

1. die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt,
2. die Beratung des Zuwendungshaushalts im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung des Ausschusses für Haushaltskontrolle und unter Einbeziehung der Stellungnahmen der Fachausschüsse erfolgt.

- 5** **Abkommen der Länder über den Beitritt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Verwaltungsvereinbarung über die Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister (Zentrale Datenstelle - ZDL) vom 29. April 1971**

Drucksache 11/6560

Mit Zustimmung aller Fraktionen wird dem federführenden Ausschuß empfohlen, der Beschlußempfehlung zuzustimmen.

- Kein Diskussionsprotokoll -

- 6** **Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt Detmold**

28

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6199

Vorlage 11/2667
Vorlage 11/2781
Zuschrift 11/3042

Der Ausschuß stimmt den zu Anträgen erhobenen Anregungen des Finanzministeriums zu § 3 Abs. 1 und § 6 Abs. 3 einstimmig zu.

Berichterstatter Abgeordneter Karl Meulenbergh (CDU)

**7 Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land
Nordrhein-Westfalen** -

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6235

Vorlage 11/2735

Der Ausschuß beschließt einvernehmlich, diesen Tagesord-
nungspunkt zu vertagen, um das Ergebnis der Beratungen
des Unterausschusses "Personal" abzuwarten.

8 a) Atomwirtschaft muß THTR-Stillegungskosten mittragen -

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6204

Vorlage 11/2797

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD
und CDU gegen die Stimmen der GRÜNEN bei Abwesen-
heit eines Vertreters der F.D.P.-Fraktion abgelehnt.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE)

- Kein Diskussionsprotokoll -

• 8 b) Erneutes Finanzierungsloch beim THTR

30

Die vom Abgeordneten Dr. Busch (GRÜNE) aufgeworfene
Frage wird von der Landesregierung nach den notwendigen
Recherchen in Form einer schriftlichen Vorlage beantwor-
tet.

9 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 11/2748

Der Ausschuß nimmt von der Vorlage 11/2748 ohne Debatte Kenntnis.

- Kein Diskussionsprotokoll -

**10 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG
hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**

Vorlage 11/2701

Vorlage 11/2760

Der Ausschuß nimmt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN die Beschlussempfehlung an, daß der Landtag die Vorlage 11/2701 zur Kenntnis nehmen soll, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter Abgeordneter Wickel (F.D.P.)

- Kein Diskussionsprotokoll -

11 Finanzautonomie für alle Hochschulen -

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/4581

Vorlage 11/2324
Vorlage 11/2663
Vorlage 11/2787
Zuschrift 11/3113

Mit Einverständnis des Abgeordneten Wickel (F.D.P.) wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

**12 Leistungen des Landes an die Gemeinden nach dem
Flüchtlingsaufnahmegesetz** 32

Vorlage 11/2345
Vorlage 11/2514
Vorlage 11/2784

Der Ausschuß diskutiert über den Stand der Bemühungen,
die Leistungen an die Gemeinden zu pauschalisieren.

**13 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung
des § 5 Schulfinanzgesetz für das Schuljahr 1994/1995** -

Vorlage 11/2426

Vorlage 11/2702

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, der Verordnung des Kultusministeriums zuzustimmen.

- Kein Diskussionsprotokoll -

**14 Entwurf der Verordnung zur Regelung der Gruppenstärken und
über die Betriebskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen
für Kinder (Betriebskostenverordnung)** -

Vorlage 11/2694

Zuschrift 11/3118

Die Verordnung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der F.D.P. und des Abgeordneten Schittges bei Stimmenthaltung der GRÜNEN und einiger CDU-Abgeordneter angenommen.

- Kein Diskussionsprotokoll -

- 15 Die zukünftige Bedeutung der Regionalbörsen - insbesondere die Bedeutung der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf - auch unter Berücksichtigung des Zweiten Finanzmarktförderungsgesetzes** 34

Zuschrift 11/3151
Information 11/571

Der Ausschuß nimmt einen Bericht des Staatssekretärs über den Stand der Bemühungen zur Umsetzung des Beschlusses des Haushalts- und Finanzausschusses entgegen.

- 16 Verschiedenes** 35

a) Informationsreise des Ausschusses nach Potsdam

Der Ausschuß beschließt einvernehmlich - bei Abwesenheit der Vertreter von F.D.P. und GRÜNEN -, vom 18. bis 20. August eine Informationsreise nach Potsdam durchzuführen.

- Kein Diskussionsteil -

b) Finanzieller Jahresbericht für das Land Nordrhein-Westfalen (Prototyp)

Vorlage 11/1241

Der Vorsitzende teilt mit, diesen Punkt - eine Auswertung des Finanzministeriums ist noch nicht zugegangen - in der Sitzung am 10. März 1994 behandeln zu wollen.

c) Organisationsuntersuchung der Landtagsverwaltung

Der Ausschuß diskutiert über den Stand des Verfahrens zur Freigabe der gesperrten Mittel für die Organisationsuntersuchung.

* * * * *

Berichtigung zum Protokoll über die Anhörung am 13. Januar 1994 -
APr 11/1101 -

Auf Seite 46 ist in Absatz 3 - Zeilen 2, 3 und 7 - und in Absatz 5 - letzte Zeile - jeweils das Wort "Votalitätskoeffizient" durch das Wort "Solvabilitätskoeffizient" zu ersetzen.

Was die SPD-Fraktion vorschläge widerspreche dem ja nicht, weil nach diesem Vorschlag das zur Kenntnis genommen werden solle, was berichtet werde. Außerdem sollten die Förderprogramme des Landes kritisch überprüft und Anstrengungen unternommen werden, um Verbesserungen zu erreichen. Die CDU-Fraktion stimme diesen Überlegungen zu.

Abgeordneter Trinius (SPD) erklärt, er habe die Ausführungen der CDU-Vertreter so verstanden, daß die Zuwendungshaushalte im Haushalt- und Finanzausschuß federführend beraten werden sollten. Außer den Stellungnahmen der Fachausschüsse, die nicht ausgeschlossen werden sollten, wolle er eine Stellungnahme des Ausschusses für Haushaltskontrolle. - **Abgeordneter Schauerte (CDU)** betont, es gehe um eine Ermunterung des Rechnungsprüfungsausschusses, an dieser Beratung mitzuwirken.

Der Ausschuß beschließt mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN die Zusammenfassung beider Beschlußvorschläge zu einem Beschluß, wonach bezüglich der Zuwendungshaushalte das Beratungsergebnis des Haushaltskontrollausschusses in die Beratung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses einfließt.

Zu Punkt 5 kein Diskussionsprotokoll

6 Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Lippischen Landes-Brandversicherungsanstalt Detmold

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6199

Vorlage 11/2667
Vorlage 11/2781
Zuschrift 11/3042

Der Vorsitzende teilt mit, der mitberatende Ausschuß für Innere Verwaltung habe den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 25. November 1993 angenommen. Die

Stellungnahme des Finanzministeriums - Vorlage 11/2781 - enthalte zwei Formulierungsvorschläge für Änderungen des Gesetzentwurfes.

Abgeordneter Trinius (SPD) erklärt, die erwähnten Formulierungsvorschläge würden von der SPD-Fraktion zum Antrag erhoben, und bittet den Ausschuß, den Gesetzentwurf in der so veränderten Fassung anzunehmen, weil dadurch eine erhebliche Vereinfachung für den Gesetzgeber erreicht werde, der andernfalls wegen jeder Kleinigkeit das Gesetz ändern müsse.

Der Vorsitzende betont, der Formulierungsvorschlag des Finanzministers bedeute auch die Aufnahme des Petitums des Verbandsvorstehers des Landesverbandes Lippe.

Auf eine Frage des Abgeordneten Schittges (CDU), wie sich das Geschäftsbetätigungsfeld der Lippischen Landesversicherungsanstalt gegenüber der westfälischen Provinzial entwickle, führt MR Dr. Schmitt (FM) aus, bei der vom Verbandsvertreter vorgeschlagenen Änderung gehe es um vorhandene Arrondierungen. Das Geschäftsgebiet der Lippischen Landesbank sei von 1924, relativ kompliziert und mit modernen Grenzen nicht zu beschreiben. Wegen einer Gebietsreform gehöre aber nunmehr eine Gemeinde, die nicht vom Geschäftsgebiet der Lippischen Landesbank umfaßt werde, zum Kreis Lippe. Möglich erscheine jedoch ein Gebietstausch mit der westfälischen Provinzial. Beim Kreis Lippe seien Geschäftsgebiet und Kreisgebiet seit der letzten Gebietsreform nicht mehr vollkommen identisch. Man wolle jedoch ermöglichen, daß der Reform gefolgt werde. Das Regionalprinzip werde dabei eingehalten, weil es keine überlappenden Geschäftstätigkeiten geben dürfe. Natürlich bedürfe es bei einer Verwirklichung dieser Veränderung der Zustimmung der Gewährträgersversammlung der westfälischen Provinzial.

Auf eine Anmerkung des Abgeordneten Schittges (CDU), nach einer Aussage des Ministers komme direkt nach der Verabschiedung des Sparkassengesetzes das Thema "Provinzial" auf die Tagesordnung des Plenums, stellt Staatssekretär Dr. Bentele (FM) klar, dabei liege ein Mißverständnis vor. Nicht die westfälische Provinzial stehe auf der Tagesordnung, sondern es gebe eine Diskussion um die Provinzial Rheinland, weil das Land Rheinland-Pfalz und der Landschaftsverband Rheinland dazu gewisse Vorstellungen entwickelt hätten.

Abgeordneter Schauerte (CDU) betont, nach seinem Verständnis könnten nur Regelungen akzeptiert werden, die beide Beteiligten miteinander ausgehandelt hätten. Dies halte er für vernünftig. Der Landesgesetzgeber müsse sich so nicht mit etwas beschäftigen, wovon nur wenige Menschen betroffen würden. Vermieden werden müsse jedoch, daß ein Weg gewählt werde, auf den sich später andere berufen könnten, so daß Unordnung entstehe. Abschließend fragt der Abgeordnete, ob es Rivalitäten wegen des Sitzes der Kasse gebe und ob unbedingt das Wort "Detmold" in der Bezeichnung des Gesetzes enthalten sein müsse.

MR Dr. Schmitt (FM) antwortet, das Gesetz enthalte bislang das Wort "Detmold". Das Ministerium habe ermöglichen wollen, den Sitz innerhalb des Geschäftsgebietes vorzusehen und ihn nicht auf eine Stadt festzulegen. Zur Zeit werde aber der Neubau in Detmold geplant.

Zu Punkt 7 kein Diskussionsprotokoll

Zu Punkt 8 a) kein Diskussionsprotokoll

8 b) Erneutes Finanzierungsloch bei THTR

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) verweist auf eine Pressekonferenz in der Vorwoche, bei der die VEW die Stilllegungskosten mit 561 Millionen DM - gegenüber 287 Millionen DM 1989 - beziffert habe. Auf dieser Pressekonferenz habe die VEW 105 Millionen DM als nicht ausgeschöpfte Mittel aus dem Risikobeteiligungsvertrag beschrieben, obwohl die Mittel 1989 ausgeschöpft worden seien.

Staatssekretär Dr. Bentele (FM) betont, die Landesregierung werde heute in der Sache nicht Stellung nehmen, da das Schreiben des Herrn Abgeordneten Busch erst am Vortag zugegangen sei.